

Brexit: Wie weiter - Fragen und Antworten zum Entscheid vom 23. Juni 2016

Georg Vancura am 30. Juni und 8. Juli 2016

Am 23. Juni entschieden sich 17,4 Millionen britische Wähler gegen den Verbleib in der EU, 16,1 Millionen wollten in der EU bleiben. Der Premierminister D. Cameron trat zurück und seine Nachfolgerin T. May wird die Austrittsverhandlungen führen.

Im Jahr 2013 stand Premier David Cameron unter dem Druck der Europa-Skeptiker aus der eigenen Konservativen Partei und versprach ihnen ein Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union. Er tat das aus parteipolitischem Kalkül in der Hoffnung, dass er dieses Referendum nicht durchführen müssen. Ein Referendum hat im parlamentarischen System Grossbritanniens, dem ältesten der Welt, keinen Platz. Er hoffte, dass das britische Pfund, die tieferen Gemeinschaftszahlungen und die 2016 mit EU ausgehandelten Erleichterungen beim Personenverkehr und Sozialleistungen, die übrigens sehr mager ausfielen, weil die EU keine Konzessionen in fundamentalen Fragen machen wollte, ihm helfen werden. Er hat die Partei- und Machtpolitik vor Staatsräson gestellt, es war ein kurzsichtiges und gefährliches Spiel mit sehr hohem Einsatz.

Es kam aber anders, die Konservativen gewannen die Wahlen in 2015, D. Cameron wurde wieder zum Premierminister gewählt und musste sein Versprechen einhalten. Gegenüber 2013 kamen neu die Migrationsproblematik, Flüchtlinge aus Nahost und Arbeiter aus Osteuropa, mit verschärfter Aktualität dazu und beeinflussten das politische Klima negativ. Bei der oppositionellen Labour Partei übernahm Jeremy Corbyn vom linken Flügel der Partei das Szepter und engagierte sich nur sehr lauwarm für den Breinain, also für den Verbleib in der EU. Im Kabinett beschloss Cameron die Stimmfreigabe, d.h. dass einige seiner Minister entgegen der offiziellen Linie für den Brexit werben konnten. Der ehem. konservative Bürgermeister von London, Boris Johnson, wurde zum Wortführer der Brexitkampagne. In der Abstimmungskampagne konzentrierten sich die EU Befürworter auf die sachlichen, v.a. wirtschaftlichen Konsequenzen des Brexit: Bedeutung der Exporte in die EU für die Wirtschaft, Abhängigkeit der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens von Arbeitern aus Osteuropa, v.a. Polen, und die wichtige Rolle des Londoner Finanzplatzes.

Für die Verlierer der Globalisierung und des technologischen Fortschritts konnten diese Argumente nicht zählen, sie folgten den emotionalen Rufen der EU Gegner, welche rosarote Zukunft nach dem EU Austritt malten, ohne je einen konkreten Zukunftsplan für das Vereinigte Königreich ausserhalb der EU vorlegen zu können. Für deren Haltung gegen die EU waren die hohen Arbeitslosenzahlen, der teure Immobilienmarkt und das Gefühl, in der EU wenig sagen zu können, entscheidend. Dabei übersahen sie, dass einige Probleme hausgemacht sind: Die britische Wirtschaft legt mehr Wert auf den Dienstleistungssektor als auf die Industrie (Deindustrialisierung), hat tiefere Produktivität und ist weniger konkurrenzfähig als die der anderen Industriestaaten. In der Folge wurden einige traditionelle britische Firmen von Ausländern aufgekauft, oder geschlossen, in der Autobranche, welche heute nur die Hälfte des Ausstosses von 1972 produziert, gehören Rolls Royce und Mini BMW, Japaner, Amerikaner, Inder und Chinesen sind auch mit von der Partie. Die Ausrichtung des Bildungswesens auf die Universitäten und die Vernachlässigung der beruflichen Ausbildung durch die Politik und Wirtschaft hat ernsthafte Konsequenzen für die Industrie und das Handwerk: Es fehlen einheimische Fachkräfte und diese werden mit Kostenvorteil im Osten Europas rekrutiert, v.a. in Polen. Die wenig qualifizierten einheimischen Arbeitslosen sind auf dem Arbeitsmarkt chancenlos. Sie, die Facharbeiter und Teile der konservativen Mittelschicht können sich die teuren Liegenschaften in den grossen Städten nicht mehr leisten. Der Anteil

ausländischer Bevölkerung liegt in Grossbritannien unter 5 % in der Schweiz liegt er bei 24 %. Auch Nordirland und Schottland haben ihre Probleme, nur glauben sie, diese eher im Verbund mit der starken EU und nicht alleine und isoliert, lösen zu können. In der Abstimmungskampagne von 2014 gegen die Unabhängigkeit Schottlands wurde erfolgreich mit der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs, also auch Schottlands, in der EU geworben.

So kam es am Abstimmungstag 23. Juni wie befürchtet wurde: Die emotionale Schönfärberei hat mehr Wähler angesprochen als sachliche Überlegungen. Die Brexit-Befürworter haben knapp 52 % der Stimmen (17,4 Mio) v.a. in den Midlands und bei älteren Wählern gewonnen, können aber keinen Plan für die Zeit nach Brexit vorlegen. Die Grossstädte wie London (75 %), Nordirland (55,8 %), Schottland (62 %) und die jungen Wähler stimmten klar für den Verbleib mit insgesamt 48 % bzw. 16.1 Mio. Die Stimmbeteiligung lag bei 72 % der insgesamt 46,5 Millionen Stimmberechtigten, die jungen Wähler hatten aber eine tiefere Quote.

Die EU Anhänger sind konsterniert, der Premier gab folgerichtig seinen Rücktritt bekannt, dem Labour Vorsitzenden J. Corbyn wurde Misstrauen ausgesprochen und viele Labour Vorstandsmitglieder traten aus Protest zurück. Alle hoffen auf einen vorteilhaften Ausgang der schwierigen Austrittsverhandlungen mit der EU, die jedoch erst nach dem UK-Austrittsgesuch beginnen können. In diesen kommen all die bisher vernachlässigten Themen noch einmal auf Tappet, soll heissen auf den Verhandlungstisch. An diesem wird Grossbritannien gegenüber 27 EU Mitgliedern sitzen, allen voran den Gründungsmitgliedern der EU aus Westeuropa. Die Situation nach der Abstimmung legt all die bisher nicht behandelten und ungelösten Probleme sowohl in UK als auch in Europa offen.

Die Märkte reagierten wie von den Brexit-Gegnern vorausgesagt: Führende Börsenindizes fielen um mehrere Prozentpunkte und erholten sich erst nach den Interventionen einiger Zentralbanken, inkl. der Schweizer SNB mit 7 Mrd. EUR, und pragmatischen Erklärungen der EU-Spitzenpolitiker. Das Pfund sank gegenüber anderen Leitwährungen auf Jahrestief und notierte gegenüber US Dollar so tief wie seit 30 Jahren nicht mehr. Der Chef der EZB, M. Draghi, rechnet mit einer Wachstumseinbusse in der EU von 0,3 bis 0,5 Prozent, die Wachstumsabnahme für Grossbritannien wird auf 3-5 % geschätzt. Der Anteil an der Weltwirtschaft liegt bei 3 %, zu wenig um globale Wachstumsabnahme zu verursachen. Der Schweizerfranken gewann gegenüber dem Pfund 8 %, ein ungünstiges Zeichen für die hiesigen Exporte, die Maschinenindustrie ist mit 2,5 Mrd. Fr. engagiert. Am Swiss International Finance Forum in Bern wurden besorgte Stimmen laut, weil es problematisch ist, wenn der wichtigste Kapitalmarkt neu ausserhalb der EU liegt. Die Aktienkurse der im Handelsgeschäft und auf dem internationalen Kapitalmarkt tätigen Grossbanken gaben nach, die Kurse der Sachwerte, v.a. der Goldpreis, stiegen.

Das Vereinigte Königreich wird über die vier Freiheiten des gemeinsamen Marktes neu verhandeln müssen: Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen. Ob es bessere Konditionen aushandeln kann, als diejenigen, welche es jetzt hat, muss bezweifelt werden. Nordirland und Schottland werden sich Gedanken machen, ob bzw. wie sie sich da heraushalten können, beide stimmten ja für den Verbleib in der EU. Einige Gründe für die schlechte Stimmung gegen die EU sind hausgemacht, vor allem die wegen der einseitigen Favorisierung des Dienstleistungssektors de facto betriebene Deindustrialisierung Grossbritanniens, das nicht ausbalancierte Bildungssystem und die tiefe Industrieproduktivität. Der Finanzplatz London wird an Bedeutung verlieren und sich neu ausrichten müssen. Die Finanzzentren Frankfurt und Zürich betreiben bereits aktives Standortmarketing und hoffen auf geschäftliche Zuwächse aus London. Zölle und Grenzkontrollen werden wieder diskutiert und zur Realität. Die EU Minister drängen auf

rasche Verhandlungen, um weitere Verunsicherungen auf den internationalen Märkten zu vermeiden und um potenzielle Exit-Nachahmer in eigenen Reihen zu entmutigen. Gemäss Unionsvertrag dürfen die Austrittsverhandlungen maximal 2 Jahre ab Einreichung des Austrittsgesuchs dauern, danach gilt das Verhältnis als beendet, mit oder ohne neuen Vertrag. Die neue Premierministerin, Theresa May, will sich Zeit nehmen und zuerst die Verhandlungsstrategie definieren, dann das Austrittsgesuch stellen und schliesslich mit den Verhandlungen mit der neuen Regierung beginnen. Das kann Wochen bis Monate dauern. Als Prioritäten nannte sie den freien Zugang zum Binnenmarkt ohne die Personen-Freizügigkeit in der heutigen Form. Um die Brexitprotagonisten und Abstimmungssieger ist es bemerkenswert still geworden, ja sie verlassen sogar ihre politischen Positionen. Der Brexit Kampagnechef Boris Johnson trat als Kandidat für das Amt des Premierministers nicht an und hält sich mit Erklärungen zurück. Ebenfalls zurückgetreten ist der UKIP Chef Nigel Farage, ein langjähriger konservativer Gegner der EU Mitgliedschaft. Offenbar wollen oder können sie die Verantwortung für die Gestaltung der politischen Zukunft des Vereinigten Königreichs nicht übernehmen. Mutige Politiker handeln anders, wenn es nicht um eigene Profilierung, sondern um die Interessen des ganzen Landes geht. Vor diesem Hintergrund und angesichts der zerstrittenen Labour Opposition ist die abwartende Haltung der Konservativen Partei verständlich. Die Optionen für das Vereinigte Königreich sind ein Assoziierungs-Abkommen mit der EU, bilaterales Vertragswerk analog Schweiz, EFTA-Freihandelszone oder der EWR. Grossbritannien war 1960 ein Gründungsmitglied der EFTA und trat 1972 wg. EG Mitgliedschaft aus. **Der Binnenmarkt allein dürfte für UK nicht interessant genug sein.**

Auf der anderen Seite muss auch die EU sich Gedanken machen über die eigene Politik. Es ist vor allem die Migrationsproblematik, welche die Bürger sehr beschäftigt, die zahlreichen Anfeindungen der Migranten in der BRD und in Grossbritannien sowie die Weigerung der Oststaaten, Flüchtlinge aufzunehmen, legen ein Zeugnis davon. Eine dauerhafte und einvernehmliche Lösung ist mehr als nötig, v.a. für die Flüchtlings-Ankunftsländer Italien und Griechenland und für die Verteilung der Flüchtlinge in der EU. Ob das Rücknahme-Abkommen mit der Türkei und die Bekämpfung der Schlepperbanden funktionieren werden, muss sich erst zeigen. Weiteres Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit v.a. der Jugendlichen in den südlichen Ländern. Schliesslich zeigt das britische Votum, dass nicht alle Länder eine gleich schnelle und tiefe Integration in der EU wollen. Dem sollte die EU Rechnung tragen, indem sie verschiedene Integrations-Modelle ermöglicht, eines für hohe Integration und ein anderes für Länder mit mehr Eigenständigkeit und weniger weit gehender Integration. Der ehem. deutsche Aussenminister H.-D. Genscher hat das Konzept der Konzentrischen Kreise entworfen: In der Mitte die am weitesten integrierten Länder, z.B. die Euro-Länder, am Rande die weniger integrierten Staaten. Die Institutionen hierfür fehlen heute gänzlich. Die letzte Sitzung der EU Staatschefs will sich auf das realpolitisch Machbare konzentrieren und grundlegende Neuerungen auf der Seite lassen. Für das Problem der mangelnden Transparenz der EU Bürokratie, welche hohe Regelungsdichte, Fremdbestimmungsgefühle und Passivität erzeugt, muss noch eine Lösung nach dem Prinzip ‚so viel Entscheide von oben wie nötig, so viele Entscheide von unten wie möglich‘ gesucht werden. **Ein besonderes Thema ist die neue Machtbalance innerhalb der EU und in Europa. In einer EU ohne das Vereinigte Königreich, welches die Mitgestaltungsrechte verliert, gewinnt die Achse Paris-Berlin zwangsläufig an Bedeutung. Ob die beiden die zusätzlichen Lasten auch tragen können und ob das langfristig allen Mitgliedern genehm sein wird, wird sich noch weisen. Gegen aussen, vor allem gegenüber Russland und den beschlossenen Sanktionen, wird die EU an politischer Bedeutung einbüßen. Die auf der NATO-Allianz basierende europäische Sicherheitspolitik bleibt jedoch unangetastet. Ein wichtiger politischer Pfeiler in Europa ist weggebrochen, die Sicherheitsarchitektur steht stabil.**

Die EFTA Minister haben in Bern die neue Situation der Freihandelszone nach dem Brexit-Votum behandelt. Das Vereinigte Königreich wäre in der Freihandelszone willkommen, dadurch gewänne die EFTA nach BR Schneider-Amman an Bedeutung. Für die Schweiz und ihre Migrationsinitiative bedeutet der Brexit-Entscheid kurzfristig nichts Gutes, denn eine rasche Behandlung des Schweizer Anliegens mit wesentlichen EU Konzessionen ist gem. Staatssekretär de Watterville kaum zu erwarten. Daher wird die Schweiz nicht um eine einseitige Erklärung herum kommen, wenn sie das Problem gründlich lösen will, allen wirtschaftlichen Risiken zum Trotz. Ein differenziertes System mit Obergrenzen für Regionen und Branchen mit Inländervorrang könnte die Akzeptanz bei der EU erhöhen. Mittel- und langfristig sieht es aber für die Schweiz besser aus, denn die EU muss für das in Vereinigtem Königreich sich manifestierte Unbehagen eine Lösung finden, etwa geregelte Migration und Flüchtlingspolitik, ergebnisorientierte Bildungs- und Industriepolitik sowie schliesslich und vor allem **weniger Bürokratie und** mehr Transparenz und Mitspracherecht von unten. Das heisst mehr Demokratie in die EU-Entscheidungsprozesse einbauen und verstärkt auf die lokalen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten eingehen. Das würde sich positiv sowohl auf die EU Mitglieder als auch die EU Nachbarn auswirken, allerdings auch die Entscheidungsprozesse verlangsamen.

Winston Churchill schieb einmal: ‚Das Problem bei politischem Selbstmord besteht darin, dass man weiter lebt, um ihn zu bereuen‘ (NZZ 28.6.2016). Auf die heutige Situation übertragen liesse sich folgendes formulieren: Die Chance bei politischem Fehlentscheid besteht darin, dass man weiter politisch aktiv bleiben kann, um das möglichst Beste aus der neuen Situation zu machen‘.

Autor:

Georg Vancura, Lindenweg 8 in 5033 Buchs (AG), Schweiz
gvancura@bluewin.ch